

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

Ständiger Ausschuß der UNO

Am 14. September gab ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bekannt, daß "China die Wünsche einiger Länder, darunter Japans und Deutschlands, versteht, Ständige Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat zu werden und eine größere Rolle in den internationalen Angelegenheiten zu spielen". China trete seit einiger Zeit für die Reform des Sicherheitsrats ein und schlage eine offene Diskussion aller einschlägigen Fragen vor. Gegen eine Mitgliedschaft Japans und Deutschlands habe es nichts einzuwenden. (*Zhongguo Xinwen she*, SWB, 15.10.93) -we-

* (2)

"Völlige Normalisierung" im Verhältnis zur EG

Noch ehe am 1. November die "EG" zur "EU" wurde, besuchte der Präsident des Europäischen Parlaments, Egon Klepsch, die VR China zu einer "Sechs Tage Goodwill-Tour", wie es hieß.

Die chinesische Seite legte Wert darauf, mehrmals zu betonen, daß dieser Besuch die "völlige Normalisierung" der Beziehungen zur EG gebracht habe. Nachdem es im Gefolge des Tiananmen-Massakers vom 4. Juni 1989 eine Zeitlang zu Spannungen zwischen beiden Seiten gekommen war, war - zumindest aus chinesischer Sicht - ein solcher Akt der "Wiederherstellung des Gesichts" nötig. (XNA, 4.10.93)

Klepsch wird von den chinesischen Medien immer wieder mit seiner Bemerkung zitiert, daß er "beeindruckt" gewesen sei von der "neuen Genera-

tion der chinesischen Führung", darunter Staatspräsident Jiang Zemin und dem Präsidenten des Ständigen Ausschusses des NVK, Qiao Shi. Zwischen China und der EG bestehe eine "langfristige und stabile Beziehung". Beide Seiten seien sich in den Grundlinien der Außenpolitik einig. Insbesondere aber hätten sie sich inzwischen so gut kennengelernt, daß die beiderseitigen Kontakte weiter ausgebaut und intensiviert werden könnten. (XNA, 4.10.93) -we-

* (3)

Israels Ministerpräsident Rabin in China

Im Januar 1992 hatten China und Israel, 40 Jahre nach Gründung beider Staaten, diplomatische Beziehungen aufgenommen. (Ausführlich dazu C.a., Februar 1992, S.82-86)

Bei diesen Anlässen war der Weltöffentlichkeit erstmals bewußt geworden, daß die beiden Seiten nach außen hin zwar ein Feindbild gegeneinander gepflegt, daß sie unter der Oberfläche aber eng miteinander zusammengearbeitet hatten, sei es nun auf dem Gebiet der Landwirtschaft (Wüstenbewässerung), der Wissenschaft (Sonnenenergie und Medizinwesen), vor allem aber bei der Waffentechnik. (Ebenda, S.85 f)

Trotz dieser engen Kooperation und trotz der Aufnahme diplomatischer Beziehungen blieb Beijing aber einstweilen bei seiner Israel-kritischen Nahostlinie und arbeitete weiterhin eng mit der PLO zusammen.

China verfolgte den Friedensprozeß im Nahen Osten nicht nur kritisch kommentierend, sondern auch mit eigenen diplomatischen Initiativen. Seine Kommentatoren zeigten sich beispielsweise zufrieden über den Sieg der Israelischen Arbeiterpartei unter Yitzhak Rabin am 23. Juni 1993, der die

15jährige Regierung des rechten Likud-Blocks beendete. Rabin habe die Wahlen wegen seiner Friedensversprechungen gewonnen, hieß es in den chinesischen Kommentaren.

Mitte September reiste der chinesische Außenminister Qian Qichen nach Israel - es war dies der erste Besuch eines Außenministers seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Seiten. Qian versicherte, daß China sich auch weiterhin alle Mühe gebe, den Friedensprozeß in Nahost nach Kräften zu unterstützen. Rabin lud Ministerpräsident Li Peng zu einem baldigen Israelbesuch ein.

Am 30. Oktober unterzeichneten beide Seiten ihr erstes Handelsabkommen. (XNA, 31.10.92)

Der arabisch-israelische Dialog kam zunächst zwar immer wieder ins Stocken, nachdem aber der amerikanische Außenminister Warren Christopher Anfang August 1993 eine fünftägige Nahostreise unternommen hatte, setzten sich die beiden Seiten (Israel und die PLO) wieder an den Verhandlungstisch, und am 13. September kam es dann zum Durchbruch in der Nahostfrage, als nämlich die Vertreter Palästinas und Israels in Washington ein Friedensabkommen unterzeichneten, denen 14 geheime Besprechungen in Oslo vorausgegangen waren. In dem Abkommen verspricht Israel den Abzug seiner Truppen aus Gaza und Jericho und die Erweiterung der palästinensischen Selbstverwaltung in den besetzten Territorien. Nach der Wahl eines Palästinensischen Rates werde ferner der israelische Militärgouverneur und die israelische Zivilverwaltung abgeschafft. Der palästinensische Rat solle neun Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens konstituiert sein. Zwar ist in diesem Abkommen die Palästinenserfrage noch nicht endgültig gelöst, doch gilt es als erster Schritt auf dem Wege dorthin. Auf jeden Fall betrachten alle Seiten, sei es nun die PLO, Jordanien, Saudi-Arabien oder aber Ägypten, die Regelung als *den* entscheidenden Durchbruch in der Nahostfrage. Lediglich die radikalen Lager auf israelischer und palästinensischer Seite leisten dem Kompromiß nach wie vor Widerstand.

China gehört zu denjenigen Staaten, die seit Jahren voll hinter der PLO Arafats stehen und die deshalb dessen

Kurs auch jetzt voll unterstützen. Schon eine Woche nach Unterzeichnung des Abkommens besuchte Arafat die VR China und bedankte sich dort am 22. September bei Jiang Zemin für die systematische Unterstützung seiner Sache durch Beijing. Jiang wies darauf hin, daß der Vertrag das Resultat des langfristigen "Kampfes des palästinensischen Volkes unter Führung Arafats" sei und daß er, Jiang, Arafat für "seinen Weitblick bewundere". (BRu 1993, Nr.40, S.4)

Zu einem neuen Höhepunkt des chinesisch-israelischen Einverständnisses wurde der Besuch Rabins vom 10. bis 14. Oktober 1993. Rabin war damit der erste israelische Ministerpräsident, der die VR China besuchte, und es war auch sein erster Besuch außerhalb des Nahen Ostens, seit Israel und die PLO ihr Friedensabkommen unterzeichnet haben.

Rabin kam mit 30 israelischen Journalisten, mit mehreren Dutzend Beamten seiner Regierung und mit Geschäftsleuten in die VR China. Sein Ziel war es, die chinesischen Gesprächspartner über den Friedensprozeß in Nahost aus israelischer Sicht zu informieren, ein Flugverkehrsabkommen zu unterzeichnen und vor allem auch den Boden für die Ausweitung des bilateralen Außenhandels zu bereiten. (XNA, 11.10.93)

U.a. bat Rabin die chinesische Seite, mäßigend auf den Iran einzuwirken. Er bat China darüber hinaus, bei der Durchführung des israelisch-palästinensischen Abkommens moderierend mitzuarbeiten. (XNA, 14.10.93)

Beide Seiten waren sich auch darüber einig, daß das Gesamtvolumen von gegenwärtig weniger als 100 Mio. US\$ pro Jahr lediglich ein Anfang sei und daß man auf Weiterungen hinarbeiten müsse. (XNA, 12.10.93)

Heikle Themen wurden bei den Gesprächen möglicherweise ausgespart, vor allem die künftigen israelischen Waffenlieferungen an China sowie die Raketenexporte Chinas in den Iran.

Beide Seiten kamen darin überein, daß die israelische Hilfe für die chinesische Landwirtschaft erweitert werden solle. Israel ist wohlbekannt für seine führende Rolle bei landwirtschaftlichen Erschließungsprojekten, vor allem im

Wüstenbereich. In einigen Teilen Chinas sei das Bewässerungssystem des Judenstaates bereits eingeführt worden. (XNA, 18.10.93)

Am 14. Oktober wurde das Flugverkehrsabkommen unterzeichnet.

Rabin besuchte im Anschluß an Beijing auch Shanghai und war, wie fast jeder dortige Besucher, beeindruckt von dem Optimismus und dem gewaltigen Wachstum der Stadt. Ein Begleiter Rabins stellte fest, daß er seinen Ministerpräsidenten zum ersten Mal mit solcher Begeisterung über ein von ihm besuchtes Land habe sprechen hören. (XNA, 18.10.93)

In Shanghai ließ sich Rabin auch über die Rolle Chinas bei der Rettung von Juden während des Dritten Reichs informieren. Bekanntlich hatten dort "Zehntausende von Juden" (XNA, 15.10.93) eine Zuflucht während des Zweiten Weltkriegs gefunden. Überdies war in Shanghai 1927 von russischen Juden die Ohel Moshe-Synagoge erbaut worden, die heute allerdings nur noch als Museum dient und die von Rabin besucht wurde. (XNA, 15.10.93)

Überschattet wurde der Besuch Rabins durch einen Bericht des amerikanischen CIA, wonach Israel Rüstungstechnologie der USA im Werte von mehreren Milliarden US-Dollar an die VR China weiterverkauft habe. Dies war ein peinlicher Vorwurf, mit dem Israel sich schon früher hatte auseinandersetzen müssen und der Rabin nun zur Stellungnahme zwang. Auf einer Pressekonferenz in Beijing bestritt er die Anschuldigung aufs heftigste und bezeichnete sie unter Hinweis auf die offizielle israelisch-chinesische Handelsbilanz von nicht einmal 100 Mio. US\$ als "völligen Unsinn". Israel habe niemals aus den USA stammende Rüstungsteile oder -technologien ohne amerikanische Bewilligung weiterverkauft. Jerusalem sei nicht so töricht, 3 Mrd. US\$ an ziviler und militärischer Hilfe und die strategische Zusammenarbeit mit den USA aufs Spiel zu setzen. (XNA, 14.10.93)

Einen Tag vorher hatte Rabin in seiner Doppelfunktion als israelischer Ministerpräsident und Verteidigungsminister ein einstündiges Gespräch "in freundschaftlicher Atmosphäre" mit Chi Haotian, dem chinesischen Verteidigungsminister, geführt.

Bei der Pressekonferenz wollten einige Journalisten wissen, ob Israel nun militärische Beziehungen zur VR China unterhalte oder nicht. Rabin bestätigte, daß solche Beziehungen bestünden, betonte jedoch erneut, daß diese Beziehungen mit den vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den USA in keinem Widerspruch stünden. (IHT und SZ, 14.10.93)

Der CIA bestand jedoch weiter auf seinen Behauptungen, wobei der Direktor der CIA, James Woolsey, persönlich hervortrat. Wörtlich führte er aus: "Aufbauend auf einer langen Geschichte enger, militärischer Kooperation - einschließlich der Arbeit an der nächsten Generation chinesischer Jagdflugzeuge, Luft-Luft-Raketen und Panzerprogramme - und der Errichtung diplomatischer Beziehungen im Januar 1992 scheinen China und Israel sich in Richtung auf eine Formalisierung und Erweiterung ihrer militärischen Kooperation einzurichten." (So FT, 14.10.93)

Auch in einer Studie des Pentagon von 1991 war Israel beschuldigt worden, den Chinesen bei der Entwicklung einer SAM-Rakete, einer Mittelstreckenrakete, einer Luft-Luft-Rakete sowie fortgeschrittener Ausrüstungstechnologien für Panzer und bei der Modernisierung eines Vorwarnsystems aus der Luft unterstützt zu haben. (Ebenda) Der Besuch Rabins hat also Fragen aufgeworfen, an denen die israelische Politik noch längere Zeit zu tragen haben dürfte und die offensichtlich immer noch nicht ganz geklärt sind.

Noch während des Rabin-Aufenthalts in China begann in Kairo ein "chinesisch-arabischer Dialog", bei dem die Nahostfrage besprochen wurde und in dessen Verlauf sich China bemühte, die "Freundschaft auszuweiten". (XNA, 14., 15. und 20.10.93) Der Dialog war Teil der chinesischen Bemühungen, die Israel-PLO-Abmachungen in der arabischen Welt zu "popularisieren". -we-

*(4)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Mazedonien

Mazedonien, eine Teilrepublik des früheren Jugoslawien, hat sich im November 1991 für unabhängig erklärt und sucht nach diplomatischer Aner-

kennung, die ihm allerdings von seiten der EG-Länder bisher versagt blieb, da Griechenland sich mit der Begründung querlegt, daß es neben sich keinen selbständigen Staat dulden wolle, der sich mit dem griechischen Namen Mazedonien schmückt und der möglicherweise territoriale Ansprüche gegen Griechenland erheben könnte.

Es ist die VRCh, die diese Schranke nunmehr auf spektakuläre Weise durchbrochen hat. Am 12. Oktober nahmen China und Mazedonien am Rande der UNO-Generalversammlung in New York diplomatische Beziehungen auf, wobei es den Chinesen vor allem darum gegangen zu sein scheint, der Taiwan-Konkurrenz zuvorzukommen; denn wieder einmal spielt die Taiwan-Klausel in dem Kommuniqué eine zentrale Rolle. (RMRB, 13.10.93, S.1)

Griechenland protestierte gegen diesen Schritt, doch erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 14. Oktober, daß sein Land hoffe, daß die freundschaftlichen Beziehungen mit Griechenland sich ungebrochen weiterentwickeln könnten. (XNA, 14.10.93) -we-

* (5)

"Partnerschaften" sind wieder in

Nachdem die "Ereignisse vom 4. Juni" (1989) einen tiefen Einbruch in die Partnerschaftspolitik der VR China gebracht hatten, kehrt die Entwicklung nun schnell wieder zur "Normalität" zurück.

Besonderes Aufsehen erregt die am 23. Oktober 1993 neu vereinbarte Städtepartnerschaft zwischen Beijing und der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. (XNA, 24.10.93) Vor allem die südkoreanischen Investitionen in Beijing hätten inzwischen 95 Mio. US\$ erreicht, so daß es Zeit sei, die Kooperation auf eine systematischere Grundlage zu stellen, hieß es.

Der neue Schritt veranlaßt auch, erneut an die chinesisch-deutschen Partnerschaften zu denken, von denen es inzwischen immerhin 24 gibt, sei es nun auf Länder- oder auf Stadtebene. Verglichen mit den deutsch-französischen Partnerschaften - rd. 1.400! - fällt die Zahl von 24 zwar kaum ins Gewicht, doch dürfte die Zukunft vor

allem auf kommunaler Ebene noch für manche Überraschung gut sein. Daß Großstädte wie Hamburg, Berlin oder Köln Städtepartnerschaften abgeschlossen haben, ist fast schon selbstverständlich. Daß aber auch kleinere Einheiten wie Sprockhoevel, Gladbeck, Bad Wildungen und Freising den Partnerschaftsweg gegangen sind, eröffnet der Phantasie weite Spielräume.

Nachfolgend seien die einzelnen Partnerstädte und Provinz/Bundesländer-Verbindungen aufgezählt:

a) Partnerstädte	Unterzeichnungsdatum
Wuhan - Duisburg	08.10.1982
Shenyang - Düsseldorf	22.09.1984
Dalian - Bremen	17.04.1985
Shanghai - Hamburg	29.05.1986
Ningbo - Aachen	25.10.1986
Beijing - Köln	14.09.1987
Zaozhang - Sprockhoevel	15.10.1987
Weifang - Freising (Landkreis)	19.10.1987
Guangzhou - Frankfurt	11.04.1988
Dalian - Rostock	16.05.1988
Beijing - Berlin (Ost): (noch DDR-Zeiten)	05.1988
Nanjing - Leipzig	05.1988
Fushun - Gladbeck	10.08.1988
Yichun - Bad Wildungen	25.08.1988
Xi'an - Dortmund	22.07.1992
b) Provinzen/Bundesländer	
Anhui - Niedersachsen	06.09.1984
Jiangxi - Hessen	03.04.1985
Zhejiang - Schleswig-Holstein	20.04.1986
Liaoning - Baden-Württemberg	20.06.1986
Shandong - Bayern	09.07.1987
Sichuan - Nordrhein-Westfalen	07.07.1988
Jiangsu - Nordrhein-Westfalen	09.07.1988
Fujian - Rheinland-Pfalz	05.1989

Außerdem besteht eine Hafenpartnerschaft zwischen Qingdao und Wilhelmshaven. -we-

* (6)

Ausländische Experten in China

Staatspräsident Jiang Zemin gab anlässlich einer fünftägigen chinesisch-amerikanischen Technologie- und Ingenieurskonferenz, die am 23. Oktober zu Ende ging, bekannt, daß seit 1979, als China sein "Türöffnungsprogramm" begann, "über 310.000 ausländische Experten nach China gekommen" seien und daß China außerdem 180.000 Chinesen ins Ausland zu Ausbildungszwecken entsandt habe. In den letzten Jahren seien pro Jahr jeweils mehr als 40.000 Experten in die Volksrepublik gekommen und mehr als 30.000 Chinesen aus Industrie- und Handelsunternehmen seien zum Training ins Ausland gegangen. (XNA, 24.10.93) -we-

* (7)

38. Atomtest in China

Am 5. Oktober 1993 hat China trotz aller Warnungen von seiten der USA den weltweit ersten Atomtest seit einem Jahr unternommen und damit, wie die internationale Kritik sogleich betonte, alle Bemühungen für eine umfassende Einstellung unterlaufen.

In einer öffentlichen Erklärung vom 5. Oktober rechtfertigte die Volksrepublik den unterirdischen Test, der in Lop Nor (Xinjiang) durchgeführt worden war, damit, daß China ausschließlich aus Selbstverteidigungsüberlegungen handle und daß es außerdem nur eine kleine Zahl von Nuklearwaffen entwickelt habe, seit es i.J. 1964 Atomkraft geworden sei. (XNA, 6. 10.93) Beijing habe außerdem niemals anderen Staaten mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht und es habe sich auch nie gegen nuklearfreie Zonen gestellt. Ganz in diesem Sinne habe es die entsprechenden Zusatzprotokolle des Vertrags für das Verbot von Nuklearwaffen in Lateinamerika und im Südpazifik unterschrieben. Es trete weiterhin für die totale Zerstörung aller Nuklearwaffen und für einen umfassenden Nukleartestbann ein. Es fordere, daß ein entsprechender Vertrag noch vor 1996 ausgehandelt werde. Sobald ein solcher umfassender Testverbotsvertrag unterzeichnet sei, werde sich die Volksrepublik strikt daran gebunden fühlen.

Nach amtlichen Angaben hat China seit 1964 38 Atomtests durchgeführt, die USA dagegen rd. 900 Tests.

Die amerikanische Seite hatte wiederholt davor gewarnt, erneute Tests durchzuführen, da sich die USA sonst gezwungen sähen, auch ihre unterirdischen Versuche wieder aufzunehmen. Auch die anderen Atomwaffenstaaten - Rußland, Frankreich und Großbritannien - hatten erklärt, sich an das Moratorium solange zu halten, als es nicht von einem anderen Atomwaffenbesitzer durchbrochen werde.

In seiner Erklärung vom 5. Oktober äußerte sich Beijing kritisch über das gegenwärtige Moratorium der USA. Die Geschichte habe gezeigt, daß ein "mit Bedingungen verbundenes Moratorium", das die atomare Übermacht sichere, ohne daß es mit einer Totalab-schaffung des Atomwaffenbesitzes verbunden sei, nur geringe Bedeutung habe.

Der amerikanische Präsident Clinton gab sofort nach Bekanntgabe des Tests Weisungen zur Vorbereitung eines neuen amerikanischen Versuchs.

Die südkoreanische Regierung brachte ihre Befürchtung zum Ausdruck, der chinesische Atomversuch könne den internationalen Atomkonflikt mit Nordkorea verschärfen. Sie kündigte deshalb eine Reise ihres Außenministers für den 28. Oktober nach Beijing an.

Für den britischen *Independent* unterstreicht der "große Knall von Xinjiang" vor allem die Unberechenbarkeit Chinas und die Gefahr, die in einer Region besteht, in der es nach wie vor ein Sicherheitsvakuum gibt. Der Westen muß sein ganzes diplomatisches Geschick einsetzen, um diese potentiell gefährliche Macht davon zu überzeugen, daß friedliche Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft in ihrem eigenen Interesse liegt. (Wiedergegeben in FAZ, 7.10.93.)

Die chinesische Seite erklärte diese internationale Kritik als unfair. Von allen Atommächten besitze China die mit Abstand kleinste Zahl an Sprengköpfen.

Seinem Willen, den Aufbau nuklearfreier Zonen zu unterstützen, gab die VR China auch dadurch Ausdruck, daß sie erklärte, sie wolle den Willen der Mongolischen Volksrepublik zur Denuklearisierung ihres Gebiets unterstützen. (XNA, 22.10.93) -we-

Innenpolitik

* (8)

Deng Xiaoping mahnte zur Vorsicht gegenüber maoistischen Kräften

In zwei Zusammenkünften mit den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros sowie mit einigen Partei- und Armeeveteranen Mitte September 1993 soll Deng Xiaoping zur Vorsicht gegenüber den Versuchen maoistischer Kräfte gemahnt haben, zu einer vollständig positiven Bewertung von Mao Zedong zurückzukehren, wie sie bis Ende der 70er Jahre Gültigkeit hatte. Es gebe Leute, die - so Deng -

die sogenannten "Zwei Was-auch-immer" (*liangge fanshi*) wieder für gültig erklären wollten. Dies sei falsch und stelle eine Obstruktion der geltenden Parteipolitik dar. Solchen Bestrebungen müsse sich entschieden widersetzt werden, forderte Deng Xiaoping. Dies berichtete die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* (ZM, 1993/11, S. 6f.).

Die politische Leitlinie der "Zwei Was-auch-immer" war Anfang 1977 von der maoistischen Restfraktion geprägt worden, um das maoistische Entwicklungskonzept beizubehalten und die zweite Rehabilitierung Deng Xiaopings zu verhindern. Diese Leitlinie lautet vollständig: "Was auch immer der Vorsitzende Mao an politischen Entscheidungen getroffen hat, verteidigen wir entschlossen; was auch immer der Vorsitzende Mao an Weisungen herausgegeben hat, befolgen wir von A bis Z, ohne davon abzuweichen." (Siehe u.a. C.a., 1980/2, S. 121f.)

Nachdem sich Deng Xiaoping und die konservativen Reformkräfte im Dezember 1978 in der Parteizentrale gegen ihre maoistischen Widersacher durchgesetzt hatten, wurden die "Zwei Was-auch-immer" durch drei ideologische Zauberformeln ersetzt: "Das Denken befreien" [von der Dogmatik des Marxismus-Leninismus und des Maoismus], "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" [und nicht in den Klasklaskern des Marxismus-Leninismus und in den Worten des Vorsitzenden Mao] und "Die Praxis ist das einzige Kriterium für die Wahrheit" [und nicht die Theorie des Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen]. Zu einer primär negativen Neubewertung Maos ab 1949 und des maoistischen Entwicklungskonzepts einer sozialistischen Gesellschaft konnte sich die KPCh-Führung jedoch nie durchringen, obwohl dies von Mao-Gegnern immer wieder gefordert wurde. Dieses Versäumnis, d.h. die primär positive parteioffizielle Bewertung Maos, gab und gibt maoistischen Kräften und Reformgegnern die Gelegenheit, in Artikeln über Mao Zedong ihre eigenen politischen Positionen darzulegen.

Hintergrund für die jüngste Kritik Deng Xiaopings an den maoistischen Dogmatikern sind Versuche dieser Kräfte und anderer Reformgegner, die umfangreichen Aktivitäten zum 100. Geburtstag von Mao Zedong am

26. Dezember 1993 auszunutzen, um ihre politischen Positionen vorzubringen. So sollen bei den wichtigsten zentralen Partei- und Armeezeitungen fast 100 Artikel eingegangen sein, die Mao und die Mao-Zedong-Ideen vorbehaltlos preisen. Unter den Autoren finden sich auch prominente Maoisten und marxistisch-leninistische Dogmatiker, wie Hua Guofeng, Wang Dongxing, Song Renqiong, Deng Liqun, Chen Xilian und Wu De. (ZM, 1993/11, S. 7) -sch-

* (9)

Wan Li kritisierte übertriebene Mao-Verehrung und warnte vor maoistischen Dogmatikern

Der frühere NVK-Präsident Wan Li wandte sich Anfang September 1993 intern mehrfach gegen übertriebene propagandistische Aktivitäten über Mao Zedong im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zu dessen 100. Geburtstag am 26. Dezember 1993. Dies berichtete die Hongkonger Zeitschrift *Jingbao*, die der KPCh nahesteht. Eine überzogene Propagierung Maos widerspreche den Wünschen der großen Mehrheit der KPCh-Mitglieder, der Funktionäre und des Volkes und könne sich negativ auf den Tatendrang der Intellektuellen und der parteilosen Persönlichkeiten zum Aufbau des Landes auswirken, warnte Wan Li. Er bezeichnete das gegenwärtige "Mao-Fieber" (*Mao re*) als "unnormale". Mao sei alles andere als ein Gott und habe in seinen späten Jahren "extrem schwerwiegende Fehler" gemacht. Hierüber und über das zehnjährige Unheil der Kulturrevolution müsse die Jugend vollständig aufgeklärt werden.

Wan Li weiter: "Ich begrüße es nicht, daß die Tragödie der Kulturrevolution mit Absicht geleugnet wird, und ich wende mich noch mehr dagegen, daß - wie von einigen Leuten gefordert - gegenüber der Kulturrevolution eine sogenannte dialektische Haltung eingenommen wird. Wieso darf die Kulturrevolution, die unser Land und Volk ins Unglück stürzte, nicht kritisiert werden?"

Wan Li wandte sich damit ausdrücklich an die Adresse einer "extrem kleinen Minderheit in der Partei, die sich gegenwärtig als die entschlossenen Verteidiger des Marxismus-Leninismus aufspielen". Diese unverbesserlichen